

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 20.12.2011

AN/2312/2011

Änderungsantrag nach § 13 der Geschäftsordnung

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	20.12.2011

Klimakonzept Köln – vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Zusatz- und Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage „Klimaschutzkonzept Köln – vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012“ (3272/2011) in die Tagesordnung des Rates am 20.12.2011 aufzunehmen:

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat nimmt das als Anlage beigefügte „Klimaschutzkonzept Köln – vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012“ zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die vorgesehenen Projektbausteine im Rahmen der Ausarbeitung des Gesamtkonzeptes zu konkretisieren und, wo erforderlich, konkrete Umsetzungsvorschläge in einer jeweils separaten Vorlage den Fachausschüssen zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verwaltung wird gebeten, zu den Projektbausteinen im Einzelnen folgende Gesichtspunkte in die weitere Ausarbeitung des Gesamtkonzeptes einfließen zu lassen:

I. Sofortmaßnahmen

A2: Zentrum für Energieeffizienz

Die Koordinierung der Gesamtkommunikation im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz für alle Verbrauchergruppen, insbesondere Privathaushalte und kleine Unternehmen, durch eine zentrale Beratungsstelle ist eine zentrale Aufgabe im Rahmen der gesamtstädtischen Klimaschutzbestrebungen. Eine solche Beratungsstelle soll in enger Kooperation mit erfahrenen Akteuren (Verbraucherzentrale, Handwerk, RheinEnergie AG usw.) aufgebaut werden. Die Stadt soll im Rahmen ihrer gesamtstädtischen Verantwortung auch organisatorisch die Führungsrolle und Hauptverantwortung bei der Aufgabenwahrnehmung übernehmen.

A5/A6 – Energiemanagement Kultureinrichtungen/Gebäudewirtschaft

Dem Vorschlag der Verwaltung ist in der Zielsetzung uneingeschränkt zuzustimmen. In der genauen Ausgestaltung möge jedoch geprüft werden, inwieweit die Aufgabe wegen der mit ihr verbundenen Anforderungen an die technischen Kenntnisse in verschiedensten Bereichen, wie Wärmedämmung, Heizungstechnik, Stromversorgung etc. professioneller Fachverstand auch über die Einbindung von Contractingmodellen genutzt werden sollte.

A8: Klimaschutzfonds

Der vorgesehene Klimaschutzfonds mit nur 300.000 € entfällt, da dieser Fonds zu klein und damit ein Rückschritt zum Status Quo wäre. Es soll bei der Regelung bleiben, dass energie-sparende Maßnahmen, die sich mittelfristig amortisieren, aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft bzw. bei den anderen Gebäudebetreibern aus dem Haushalt vorfinanziert werden, gleichfalls sollen seitens der Gebäudewirtschaft nur Geräte beschafft werden, die besonders energieeffizient sind.

A9: Kommunales Förderprogramm für die private Altbausanierung

Im Rahmen der im Klimaschutzkonzept geplanten Beratungsaktivitäten ist auf vorhandene Förderprogramme z.B. von Land und Bund und vorhandene Klimaprogramme verstärkt hinzuweisen. Die Umsetzung einer kommunalen Förderung wird aufgrund der angespannten Haushaltssituation einstweilen zurückgestellt. Die seitens des Landes NRW in Planung befindlichen Maßnahmen sind den Fachausschüssen zeitnah darzustellen.

A11: Integration des Themas „Energie“ im Wohnungsbauforum

Die verstärkte Integration des Themas „Energie“ im Wohnungsbauforum ist voranzutreiben. Auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln wird verzichtet.

V2: Mobilitätspaket für Neubürger

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die KVB im Rahmen ihrer Kundenwerbemaßnahmen ein Mobilitätspaket für Neubürger einführen möchte.

Neu: Stromspar-Check

Das Pilotprojekt „Stromspar-Check“ der Caritas in Chorweiler der aufsuchenden Energieberatung durch ehemals Langzeitarbeitslose soll nach Ablauf der Pilotzeit überprüft und bewertet werden. Auf der Grundlage des Evaluationsberichtes ist zu entscheiden, ob das Projekt

schrittweise auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden kann und ob die Maßnahmen in ein Regelanangebot überführt werden sollen.

Neu: Jobticket-Angebote im städtischen Konzern

Bei allen städtischen Beteiligungsunternehmen sollen Jobtickets eingeführt werden. Sofern bei Unternehmen, wie z.B. der RheinEnergie AG, nach den bisherigen Kriterien eine Einführung nicht funktioniert hat, sollen durch Alternativen, wie z.B. ein Jobticket für den gesamten SWK-Konzern statt für jede Tochter-Gesellschaft, geprüft werden.

Neu: Städtische Dienstreisen

Bei allen städtischen Dienstreisen unter 500 km ist eine Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bevorzugen. Flugreisen sind nur in begründeten Ausnahmen zu genehmigen. Die Verwaltung soll überprüfen, inwieweit sich durch Rabattsysteme, wie z.B. Bahn Card, die Wirtschaftlichkeit erhöhen lässt. Die städtischen Beteiligungsunternehmen werden gebeten sich analog zu verhalten.

II. Umsetzung

Im Sinne der Vorbildfunktion des Konzern Stadt Köln werden alle städtischen Beteiligungsunternehmen in geeigneter Weise angewiesen, das Klimaschutzkonzept Köln nach Kräften zu unterstützen und sich durch eigene Teilbilanzierungen an der 2-3 jährigen Erfolgskontrolle zu beteiligen.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer